

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 20 – Bleiberecht für Flüchtlinge

Dazu sagt die innenpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Irene Fröhlich:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 238.04 / 17.06.2004**

## **Menschen, die einen Neuanfang geschafft haben, sollen bleiben können**

Wir haben uns zu dem vorliegenden Antrag aus mehreren Gründen entschieden:

Erstens: Immer wieder können wir Berichte lesen, in denen Gemeinden, Firmen und Schulklassen darum kämpfen, dass Menschen aus ihren Reihen nicht herausgerissen werden und zwangsweise in ihre sogenannten Herkunftsländer „zurückgeführt“ werden, mit deren Kultur und Sprache sie noch nie oder mittlerweile nicht mehr vertraut waren oder sind.

Zweitens: Eine große Initiative eines Flüchtlingsverbandes hat 40.000 Unterschriften unter Leitung des ehemaligen Bundesministers Schwarz-Schilling gesammelt, um auf die zwischenzeitlich immer größeren Widersprüche zwischen der tatsächlichen Situation in Ländern wie Afghanistan, Kosovo oder auch Irak und der Beurteilung durch die zuständigen Behörden in Deutschland hinzuweisen. So weist der Hohe Flüchtlingskommissar der vereinten Nationen auf die bedrückenden Verhältnisse im Kosovo hin, sein Fazit im April dieses Jahres: „Angehörigen aller Minderheiten, vor allem der Volksgruppen der Serben, Roma, Ashkali und Ägypter“ soll „Schutz in den Asylländern gewährt werden.“

Besonders gefährlich ist nach Einschätzung des UNHCR die Situation für Kosovo-Albaner, die in bi-ethnischen Ehen leben, sowie Personen gemischter ethnischer Herkunft und Kosovo-Albaner, die mit dem serbischen Regime nach 1990 in Verbindung gebracht werden.

1/2

Es ist zu befürchten, dass über 10.000 anerkannten Flüchtlingen aus dem Kosovo das Asylrecht aberkannt wird, abgesehen von den lediglich geduldeten Menschen, die seit Jahren bei uns leben und hier integriert sind.

Drittens: Im Streit um das Zuwanderungsgesetz, der ja nun hoffentlich endlich beigelegt ist, muss es gelingen diese Unmenschlichkeit aus der Welt zu schaffen. Krieg, Flucht und Verfolgung bringen ja für die Überlebenden die Welt nicht zum Stillstand. Menschen richten sich in neuen Heimatländern ein, finden Arbeit und soziale Kontakte, bekommen Kinder, werden nach und nach, trotz aller Schrecken, die sie hierher gebracht haben, heimisch und fangen ganz von vorn an.

Last but not least: Herr Innenminister, im Juli werden Sie mit Ihren Kollegen hier in Kiel zusammenkommen und wir wollen sie darin unterstützen sich dafür einzusetzen, dass Menschen, die Opfer von Krieg und Verfolgung geworden sind und bei uns einen Neuanfang geschafft haben, auch bei uns bleiben können.

\*\*\*